



Die Retter des Baselbiets

Ein aktivistischer Landrat half einer überforderten Regierung aus der Not – eine Bilanz

VON VALENTIN KRESSLER
UND ALINE WANNER

Sie glich eher einer Gruppe verlorener Eigenbrötler denn einem dynamischen Führungsteam: Die Baselbieter Regierung vermittelte in der ersten Hälfte der Legislatur, die nun zu Ende geht, einen unentschiedenen Eindruck. Finanzdirektor Adrian Ballmer (FDP), seine besten Zeiten längst hinter sich gelassen, schleppte sich nach verlorener Sparpaket-Abstimmung im vergangenen Sommer noch bis im Dezember durch. Dann gab er seinen Rücktritt bekannt. Überschattet wurde Ballmers Ankündigung vom Tod des Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektors Peter Zwick (CVP) im Februar.

Kirchmayr, Weibel & Konsorten sei Dank ist der Baselbieter Landrat aber nicht mehr das, was er einmal war. Das Parlament hat abgestaubt. Und zeigte sich, im Gegensatz zur Regierung, in neuem Glanz. Als Retter in der Not sprangen die Milizpolitiker aufs Regierungspodest (zumindest die neue Arbeitsgruppe Finanzen), liessen ihre parteipolitischen Scheuklappen auf dem Raucherbalkon oder neben der Kaffeemaschine im Vorzimmer liegen und warfen der Regierung den Rettungsring zu – obwohl diese, wenn auch stark in

Seenot, nicht immer danach greifen selbst erledigen mochte.

AN VORDERSTER FRONT agierten die Aufklärer der Geschäftsprüfungskommission (GPK) um ihren Präsidenten Hanspeter Weibel (SVP). Eine Subkommission unter der Führung von Monica Gschwind (FDP) nahm das Heft in der Gesundheitspolitik in die Hand und zeigte auf, woran der Kanton krankt. In der denkwürdigen Landratsdebatte über den GPK-Bericht am 1. November 2012 liessen die Retter ihrem Ärger freien Lauf. Wobei sich einige von der Strömung mitreissen liessen und es ihnen nicht mehr gelang, rechtzeitig zu bremsen: Allen voran überbordete FDP-Fraktionschef Rolf Richterich mit seiner Kritik an Gesundheitsdirektor Zwick.

Subtiler gingen da die Wirtschaftsförderer Christoph Buser (FDP) und Klaus Kirchmayr (Grüne) ans Werk. In mehreren gemeinsamen Vorstössen gaben sie die Stossrichtung der Baselbieter Wirtschaftspolitik vor. Das «Power-Duo» Sabine Pegoraro (FDP) und Isaac Reber (Grüne) zeigte sich offen für eine Rettung und beförderte das Wirtschaftspaar Buser/Kirchmayr zusammen mit Daniel Mürger (SP) in den Beirat der Wirtschaftsoffensive. Das ist praktisch. Wirtschaftskammer-Direktor Buser und seine rot-grünen Nacheiferer können so

die Arbeit der Regierung vor Ort gleich selbst erledigen.

Angesichts der Schwäche der Regierung mochten auch die aufmüpfigen Gallier um den Binninger Gemeindepräsidenten Mike Keller (FDP) nicht abseitsstehen. Mit ihrer Gemeindeinitiative entwickelten Keller und seine Mitstreiter, der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott (Grüne) und der Reinacher Gemeindepräsident Urs Hintermann (SP), bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse einen eigenen Lösungsvorschlag. Dies wiederum beflügelte Marc Josets (SP) Finanzkommission und Regula Meschberger (SP) Personalkommission, die in einem Sitzungsmarathon Regierungsrat Ballmers Arbeit erledigten und ihm einen Kompromiss abrangten.

Genug ist genug – sagten sich auch die Parteipräsidentinnen Christine Pezzetta (FDP) und Sabrina Mohn (CVP) und setzten sich mit dem neuen netten SVP-Spitzenmann Oskar Kämpfer an einen Tisch. Damit das Baselbiet endlich wieder eine schlagkräftige Regierung erhält, bildeten sie für die Ersatzwahlen von Ballmer und Zwick eine unaufgeregte Koalition: Die neue Harmonie war geboren. Die FDP verzichtete auf ihren zweiten Regierungssitz, die CVP auf ihre evangelischen und grünliberalen Bündnispartner in der Mitte und die SVP auf ihre Spiess-hau-drauf-Rhetorik. Der Plan

glückte. Mit Thomas Weber (SVP) und Anton Lauber (CVP) siegten die bürgerlichen Wunsch Kandidaten.

Aus lauter Verzweiflung ob der neuen bürgerlichen Harmonie setzte Rot-Grün nach Eric Nussbaumer (SP) nochmals auf einen Gläubigen. Der Gott-Popper Thomi Jourdan (EVP) wurde zum Anführer der neuen Frommen erkoren. Die Nächstenliebe liess ihm keine andere Wahl. Selbstlos stellte er sich zur Verfügung, um der Baselbieter Stimmbevölkerung eine echte Auswahl zu ermöglichen. Nur eine ging bei den Wahlen auf Tauchstation: Mirjam Würth (SP). Die Mächtgerin-Regierungsrätin mochte diesmal nicht kandidieren.

MEHR VERLASS war auf die Vorstösskönige. Sie wussten sich um die wirklich wichtigen Themen im klammen Kanton zu kümmern. Hans Furer (GLP) setzte die Expressstrasse auf die Politagenda, Sandra Sollberger (SVP) den Gehörschutz im Schulunterricht. Mit Rosmarie Brunner (SVP) und Jürg Wiedemann (Grüne) nahmen sich gleich zwei Landräte der desolaten Sicherheitslage und der verwirrten Staatsanwaltschaft an.

Ob es die Retter auch künftig noch braucht, wird sich ab morgen zeigen. Die Regierungsräte Lauber, der König von Allschwil, und Weber, der Schafzüchter aus Buus, übernehmen.

Bundesgericht pfeift Baselbieter Justiz zurück

VON ANDREAS MAURER

Das Baselbieter Kantonsgericht und die Staatsanwaltschaft (Stawa) erleiden eine Niederlage vor dem Bundesgericht. Dieses rügt die Baselbieter Justiz, sie habe einem mutmasslichen Sexualstrafäter das Recht auf Akteneinsicht verweigert.

Die Stawa führt gegen den Mann ein Strafverfahren wegen sexueller Handlungen mit einem Kind, Vergewaltigung und Schändung. Aufmerksam wurde sie auf den Fall durch ein anderes Strafverfahren, in dem bekannt wurde, dass es zwischen dem Opfer und einem Kollegen ihres Vaters zu sexuellen Handlungen kam. In einer auf Video aufgezeichneten Einvernahme sagte das Opfer, sie habe zudem als 12-Jährige mehrmals Geschlechtsverkehr mit dem im aktuellen Fall angeklagten Mann gehabt.

Dieser verlangt volle Akteneinsicht: Die Videoaufzeichnung sei ihm zuzusenden. Das Kantonsgericht hingegen wollte ihm nur die ihn direkt betreffenden Ausschnitte zeigen. Diese erhalte er zudem nicht ausgehändigt, sondern könne sie sich in den Räumen der Stawa anschauen. Das ganze Video dürfe er nicht sehen, da es Passagen aus dem separaten Strafverfahren enthalte.

DER BESCHWERDEFÜHRER hingegen hält diese Aussagen auch für sein Verfahren für relevant. Ihm sei etwa nicht offengelegt worden, was die Beschwerdegegnerin auf die Frage geantwortet habe, inwiefern sich ihre sexuellen Kontakte zu ihm von jenen zum Beschuldigten des separaten Verfahrens unterschieden hätten. Nur wenn er sämtliche Videoaussagen kenne, könne er beurteilen, ob das Opfer insgesamt einen glaubhaften Eindruck hinterlasse.

Das Bundesgericht gibt dem mutmasslichen Sexualstrafäter in einem Urteil vom 11. Juni Recht. Das Aktendossier müsse alles enthalten, was mit dem Schuldvorwurf und der Strafzumessung in einen Zusammenhang gebracht werden könne. Der Angeklagte müsste das gesamte Video erhalten. Die Auffassung der Stawa, der Mann sei in Teilen des Videos lediglich als Dritter anzusehen, sei nicht zutreffend. Das Kantonsgericht wiederum habe den Entscheid nicht hinreichend begründet. Das Bundesgericht hat dessen Beschluss deshalb aufgehoben und zur neuen Beurteilung nach Liestal geschickt. Der Kanton muss den Mann für das Bundesgerichtsverfahren mit 2000 Franken entschädigen.

Hotelplaner kritisiert die Basler Regierung

DER THURGAUER Hotelplaner Karl Giger ist enttäuscht: «Da wird eine Chance verpasst.» Er kritisiert den am Freitag bekannt gegebenen Entscheid von Immobilien Basel-Stadt, auf ein Luxushotel am Münsterplatz zu verzichten. Dieses war in den Altstadtbauten am Münsterplatz 10 bis 12 vorgesehen. Heute nutzt das Basler Bau- und Verkehrsdepartement die Gebäude als Verwaltungssitz.

Vor zwei Jahren gab sich der Hausherr grosszügig: SP-Baudirektor Hanspeter Wessels zeigte Begeisterung für die Idee eines Luxushotels und Bereitschaft, die Gebäude bis 2017 zu verlassen. Am Freitag wurde die Kehrtwende bekannt: Die Verwaltung gibt nur das Erdgeschoss für eine öffentliche Nutzung frei. Die Hotelpläne wurden begraben. Die Gebäudestruktur mache eine Finanzierung für Hotelinvestoren praktisch unmöglich, teilten Immobilien Basel-Stadt mit.

Mitbeteiligt an einer vom Kanton in Auftrag gegebenen Studie war Hotelplaner Giger. Sie kam zu einem positiven Fazit: Die Anfangsrendite für den Kanton sei zwar bescheiden, ein Luxushotel habe aber grosses Potenzial, hiess es. Die Lage gefällt jedoch offenbar nicht nur Hotelplanern, sondern auch den darin arbeitenden Staatsangestellten. (MAU)

Was in Bern floppte, soll nun in Basel funktionieren

In der Berner Markthalle ist ein Gastro-Konzept gescheitert – in der Basler Markthalle startet ein neuer Versuch

VON VALENTIN KRESSLER

Also doch: Eine Basler Projektgruppe um die Architektin Barbara Buser erhält den Zuschlag für die neue Nutzung des renovierten Kuppelbaus in der Basler Markthalle. Bereits Ende 2012 hatte die «Schweiz am Sonntag» über Busers Ambitionen berichtet. Die offizielle Bestätigung durch Markthallen-Betreiberin Wincasa erfolgte am vergangenen Freitag an einer Medienkonferenz.

Unter dem Motto «Essen, trinken und geniessen» wollen Buser und ihre



Gescheitert: Markthalle in Bern.

Mitstreiter dem verwaisten Kuppelbau neues Leben einhauchen. Marktstände, Gastro-Betriebe und Läden zu kulinarischen Themen sollen ab Anfang 2014 ein «Piazza-Feeling» erzeugen.

Kein Thema an der Medienkonferenz war die Berner Markthalle. Dies mit gutem Grund: In Bern ist ein ähnliches Gastro-Konzept soeben gescheitert. Seit Ende Mai ist das Gebäude am Bubenbergrplatz beim Bahnhof geschlossen. Wie die «Berner Zeitung» vor Wochenfrist berichtete, wird 2014 eine Filiale des Elektronik-Discounters Media Markt

einziehen. Seit der Eröffnung 1997 waren Marktstände, Restaurants und Bars in der Berner Markthalle eingemietet. Als Gastrohalle habe der Betrieb aber nicht rentiert, sagt Gründer Hans Merki.

Die Basler Markthallen-Betreiberin Wincasa spricht Busers Gruppe explizit das Vertrauen aus. Vier Jahre Zeit haben sie, um ihre Ideen zu verwirklichen. Wincasa hat aber vorgesorgt. Sollte das Projekt auch in Basel nicht funktionieren, kann das Unternehmen ein fixfertiges zweites Konzept für ein Business-Center aus der Schublade ziehen.